

Soziale Arbeit – im Spagat zwischen Ökonomisierung und Menschenrechtsprofession

Stefan Gaitanides

1. Empirische Hinweise für die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit

Die Tendenzen und der Zwang zur Ökonomisierung der Sozialen Arbeit sind nicht mehr zu übersehen. Ich möchte hier nur einige der wichtigsten Indikatoren dafür nennen:

- Die öffentliche Wohlfahrtspflege wird durch das Verfahren der „Neuen Steuerung“ nach Effektivitäts- und Effizienzkriterien durchforstet (Stichwort „New Public Management“). Einige bisher in öffentlicher Trägerschaft durchgeführten Aktivitäten werden privatisiert.
- Durch die Einführung von mehr „freiem Wettbewerb“ bei der Vergabe öffentlicher Zuschußmittel für Soziale Dienste kündigt sich das Ende des traditionellen korporatistischen Aushandlungssystems zwischen den frei-gemeinnützigen Wohlfahrtsverbänden und der Sozialadministration an. Die kartellähnlichen Privilegien der großen Wohlfahrtsverbände wurden schon in weiter zurückliegenden Zeiten durch die Hinzuziehung kleiner innovativer Träger eingeschränkt. Das Pflegegesetz hat dann dem Marktprinzip zu einem entscheidenden Durchbruch verholfen. In seinem Gefolge wurden die entsprechenden Paragraphen des BSHG (§ 93) und des KJHG (§78) dahingehend geändert, daß nunmehr auch privat-gewerbliche Träger zum Wettbewerb zugelassen werden.
- Im Rahmen der „Neuen Steuerung“ werden öffentliche Etatmittel immer seltener pauschal für vage umrissene und wenig kontrollierte Aufgaben vergeben und routinemäßig verlängert. Statt dessen werden zunehmend zeitlich befristete Projektmittel vergeben, deren Aufgaben präzise durch Leistungsverträge festgelegt sind und deren Effekte möglichst durch Evaluation nachgewiesen werden sollen.
- Über all dem steht ein chronischer Sparzwang, der die Geldgeber dazu verleitet, weit mehr auf die Wirtschaftlichkeit als die Qualität der Leistungen zu achten – auch wenn dadurch Standards abgesenkt werden.

Was sind die tiefer liegenden Gründe dieses Ökonomisierungstrends ?

2. Folge veränderter sozialpolitischer Rahmenbedingung

Der Zwang zur Ökonomisierung muß auf dem Hintergrund mehrerer, sich verschränkender Prozesse gedeutet werden, deren Trendrichtung zwar grundsätzlich nicht unumkehrbar ist und wie ein Schicksal über uns verhängt ist, er ist aber nur äußerst schwierig zu beeinflussen – wahrscheinlich nur in einem äußerst geringen Maße im Rahmen nationaler Sozialpolitik.

Folgende globale Veränderungen haben die Rahmenbedingen der sozialen Arbeit grundlegend verändert:

- Die mikro-elektronische Revolution und die Globalisierung der Wirtschaft haben bekanntlich zu einer Verschärfung der Standortkonkurrenz geführt.
- Dieser Prozeß ist begleitet von einem Siegeszug des Neo-Liberalismus. Er verknüpft eine restriktive staatliche Ausgabenpolitik mit einer Umverteilungspolitik von unten nach oben. Folge dieser Politik ist eine Zunahme von Armut und die Einschränkung sozialer Leistungen.
- Auch die Freizügigkeitsregelungen der Europäischen Union verstärken die Tendenz zur Ökonomisierung. In Zukunft werden europäische Anbieter als Mitbewerber auf den nationalen Sozialmärkten auftreten.

Die Finanzierung des Sozialstaates wird aber nicht nur durch die Verknappung der öffentlichen Mittel gefährdet. Auch andere gesellschaftliche Entwicklungstrends stellen die Finanzierung des Sozialen vor immer größere Probleme:

- Durch den gesellschaftlichen Individualisierungsprozeß erodieren die traditionellen sozialen Selbsthilfenetze. Sie müssen durch professionelle Dienste ersetzt werden.
- Die Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung bringt eine Reihe von Folgeproblemen mit sich. Die Dienste der Altenhilfe müssen ausgebaut werden und der Generationenvertrag wird einer Zerreißprobe ausgesetzt.
- Durch den schleichenden Prozeß der Entsolidarisierung und Desintegration – begünstigt durch die Verschärfung der Verteilungskämpfe - wird der sozialstaatliche Konsens immer mehr ausgehöhlt (vgl. Heitmeyer 1997).

Wie kann sich die Soziale Arbeit diesen Herausforderungen stellen ?

Reformorientierte Sozialarbeit – also eine, die versucht, sich den veränderten Verhältnissen nicht nur anzupassen, sondern den Wandel im Sinne

ihrer Berufung zu gestalten, die offen ist für Modernisierung dabei, aber dem Ethos des Sozialen verpflichtet bleiben will – steht den beschriebenen Tendenzen ambivalent gegenüber.

Im Folgenden möchte ich mich mit den Chancen und Risiken der neueren Entwicklungen für die Soziale Arbeit auseinandersetzen, um dann am Schluß daraus einige Reformempfehlungen zur Chancennutzung und Risikoabwehr abzuleiten.

3. Chancen des Modernisierungszwanges

- Meinhold berichtet: Überall, wo die Einführung von Qualitätsmanagement und Qualitätssicherungsverfahren nicht unter dem Damoklesschwert von drohenden Einsparungen und in einem dialogischen Verfahren eingeführt wurde berichten, die MitarbeiterInnen von einem fruchtbaren „Professionalisierungsschub“ (Meinhold 1998). Sie haben gelernt, ihre Konzepte besser zu durchdenken, Methoden auf ihre Angemessenheit genauer zu überprüfen, planvoller zu handeln und sich über die Grenzen und die Wirkung ihrer Arbeit besser im Klaren zu werden. Durch die Institutionalisierung von Feed-Back-Verfahren – wie z.B. die systematische Beachtung des Regelkreises von Konzeptentwicklung – Planung – Umsetzung – Auswertung und gegebenenfalls Revision des Konzeptes – können starre Handlungsroutinen aufgebrochen und innovative Lernprozesse eingeleitet werden.
- Durch die zielgenauere Ausrichtung auf den wirklichen Bedarf der Nutzer und die Kundenfreundlichkeit der Arbeitsweise erfolgt ein Paradigmenwechsel hin zur Dienstleistungsorientierung. Dadurch werden nicht nur Zugangsschwellen abgebaut und steigt die Akzeptanz bei der Klientel, auch die Effektivität nimmt zu, da Soziale Arbeit auch meistens eine intersubjektive Ko-Produktion ist. Ein Klient, der spürt, daß auf sein Feed-back systematisch geachtet wird, ist viel kooperativer.
- U.a. wegen der Professionalisierungsdefizite hat Soziale Arbeit mit dem Problem des „Leistungsverdacht“ und des „Motivverdacht“ (Kleve 1997; S.420) zu kämpfen. Wegen der diffusen Aufgabenstellung und mangelnden Wirkungsanalysen wird die Wirksamkeit Sozialer Arbeit in Frage gestellt und der Verdacht gehegt, die sozialarbeiterischen Angebote dienen mehr den Zwecken der Selbstreproduktion des Berufsstandes, als daß sie den Betroffenen wirklich nutzen. Diese

Legitimationsdefizite können durch stärkere Kundenorientierung und Qualitätsprüfungsverfahren abgebaut werden.

- Mehr Wettbewerb „belebt das Geschäft“. Durch marktformigere Ausschreibungen und Erweiterung der Wahlmöglichkeiten der Nutzer steigt der Leistungsdruck und wächst die Vielfalt des Angebotes.
- Unabhängig von den gegenwärtigen Sparzwängen zwingt das Wirtschaftlichkeitsgebot der neuen Auftragsvergabepolitik zu einem durchaus erstrebenswerten sparsameren Umgang mit Steuergeldern.

Soweit die positiven Seiten, die unter reformpolitischen Gesichtspunkten dem gegenwärtigen Ökonomisierungstrend abgewonnen werden können. Nun aber zu den eher qualitätsmindernden Nebenfolgen, die sich vor allem aus der einseitigen Ausrichtung der öffentlichen Zuschußgeber an Kontrollierbarkeit und Wirtschaftlichkeit ergeben.

4. Kontraproduktive Nebenfolgen des Ökonomisierungstrends

Methodische Einwände

- Die „Neue Steuerung“ der Sozialverwaltung versucht betriebswirtschaftliche Modelle der standardisierten Produktbeschreibung auf die sozialen Dienstleistungen zu übertragen. Anbieter, die etwa nach der Norm DIN ISO 9000ff zertifiziert sind, haben bessere Bewerbungschancen. Dieses System erfordert einen enormen bürokratischen Regelungsaufwand, der den Ertrag nicht rechtfertigt, denn diese Qualitätssicherungssysteme sagen nichts über die tatsächliche Qualität der Produkte aus. Mit diesem System könnte ein Betrieb auch „Rettungsringe aus Beton“ herstellen – wie Mükenrath meint (zit.n. Manderscheid 1998, S.243). Beschrieben werden Arbeitsorganisation, Technik, Qualifikation und Abläufe, während z.B. „Gestaltungsmerkmale wie Führungsstil, Kooperations- und Kommunikationsstrukturen, Motivation und Klima damit kaum zu erfassen sind“ (Kulbach 1998, S.446).
- Standardisierung mag sinnvoll sein bei materiellen Service-Leistungen wie „Essen auf Rädern“ oder „Behindertentransporte“. Weniger geeignet – ja kontraproduktiv – ist die Zerlegung der sozialen Dienstleistungen in eindeutig identifizierbare Norm-Produkte. Die Suche nach standardisierten Indikatoren z.B. rückt die soziale Beziehungsarbeit in die Nähe fachlich längst verworfener medizinischer Indikationsmodelle. „Der Klient verliert seinen Status als Ko-Produzent und wird zu einem ‚Patienten‘, dem eine Hilfe verordnet wird“ (Manderscheid 1998,

S.244). (Beispiel: Wenn einige Jugendämter versuchen, die „Indikationsstellung“ für die Zuweisung in bestimmte Angebotsbereiche zu standardisieren.)

- Die auf standardisierte Produktbeschreibung abhebende Steuerung widerspricht der Art der Probleme, die in der Sozialarbeit bearbeitet werden. Es handelt sich – wie Andreas Strunk feststellt, um „wilde“, schwer „zähmbare“ Probleme, die sich einer statischen Produktbeschreibung entziehen.

Nach Strunk zeichnen sich „wilde“ Probleme durch folgende Eigenschaften aus:

- Sie lassen keine vollständige Problembeschreibung zu Beginn der Problembearbeitung zu.
- Man weiß nie, wann ein Problem entgültig gelöst ist, alle Lösungen sind Zwischenlösungen.
- Jedes wilde Problem kann als Symptom eines höheren wilden Problems bezeichnet werden – Problem im Problem im Problem.
- Die Beschreibung eines Problems ist abhängig von den Werthaltungen des Problembeschreibers und ebenso die Lösung.
- In ihrer Problemkonstellation sind wilde Probleme einzigartig und ihre Lösung läßt sich nur begrenzt übertragen.
- Die Konsequenzen der Zählungsversuche müssen die Betroffenen aushalten. Insofern ist die Betroffenenbeteiligung an der Zählung wilder Probleme unerlässlich (vgl. Strunk 1997, S.184).

Strunk zieht daraus die Schlußfolgerung: Der Gegenstandsbereich der Sozialen Arbeit kann angemessen nur durch stärkere Anerkennung der Selbstorganisation der Klientenkultur wie der Agentenkultur bearbeitet werden und nur in wenigen Bereichen – eher in materieller Hilfeleistung – mit der Interventionsmethode der Steuerung (Modell „lernende Organisation“). Steuerung bei komplexen „wilden“ Problemen ist wenig effektiv und führt zur Einschränkung der Kreativität.

Einseitige Instrumentalisierung der Neuen Steuerung durch die Sparpolitik führt zur Standardabsenkung.

- Eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Basara 1996) über die Durchführung der Neuen Steuerung bei Jugendämtern kommt zu dem Ergebnis, daß Qualitätsverbesserungen nur selten durchgesetzt und Standardabsenkungen durch Einsparungen häufig in Kauf genommen werden.

- Die Privatisierung von Diensten ist in der Regel gekoppelt mit Einsparungen. Dabei kann man sich auf die Annahme nicht verlassen, daß die Privaten alles besser machen und den Standard durch die Ausschöpfung von Rationalisierungspotenzialen halten. Sie können häufig deswegen kostengünstiger anbieten, weil sie weniger qualifiziertes bzw. geringer bezahltes Personal einstellen. Darunter muß natürlich die Qualität der Leistung leiden.
- Das verschärfte Kostenbewußtsein des Managements aber auch der traditionellen Leistungserbringer kann zu einer Qualifikationsabsenkung oder zu einer motivationsmindernden Einstufung unter Qualifikation führen. Auf die Gefahr des Lohndumpings im ambulanten Pflegebereich hingewiesen antwortete ein Staatssekretär der alten Bundesregierung „Wer BAT zahlt, hat eben Pech gehabt“ (Karl Jung zit.n. Wittenius 1998).
- War früher die Sicherheit des Arbeitsplatzes eher ein Produktivitätshemmnis, so ist inzwischen zu befürchten, daß die zunehmende Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse zu einem Qualitätsabfall führen wird. Diese Erfahrung konnte schon in früheren Zeiten mit ABM-Kräften gemacht werden. Spätestens nach dem dritten Job innerhalb von fünf Jahren stürzt die Motivation ab. Unter den Rahmenbedingungen der sich immer mehr durchsetzenden kurzfristigen Projektfinanzierung werden die MitarbeiterInnen unter einen überfordernden kurzfristigen Erfolgsdruck gestellt. Nicht nur Wandlungsfähigkeit sondern auch „Kontinuität“ ist ein wichtiges fachliches Qualitätsmerkmal. Es braucht mindestens fünf Jahre im Bereich der Sozialarbeit, bis man sich gut in eine Materie eingearbeitet hat und es erfordert einen „langen Atem“, um Motivationsarbeit bei der Klientel bzw. Einstellungsveränderungen zu induzieren.
- Das Arbeiten nach eng bemessenen Fachleistungsstunden oder Fallzahlen kann die Leistungsanforderungen so hoch treiben, daß die Mitarbeiter „ausbrennen“, gesundheitlich beeinträchtigt werden und letztlich mehr Kosten verursachen.
- Durch die Projektfinanzierung kommt es zu einer Spaltung in einen primären betrieblichen Arbeitsmarkt und einen sekundären außerbetrieblichen „Jedermann/frau-Arbeitsmarkt“. Die Manager und das fachliche Leitungspersonal behalten ihre unbefristeten Arbeitsverträge, während immer mehr Fachpersonal nur über befristete Arbeitsverträge verfügt. Die Festangestellten werden Wirtschaftlichkeitsfragen immer auf diejenigen abwälzen, deren Vertrag sie einfach nicht zu verlängern brauchen. Hierdurch wächst die Machtspannung im Team. Wenn die

chen. Hierdurch wächst die Machtspannung im Team. Wenn die Leitungskräfte nicht über hohe Führungsqualitäten verfügen, wird eine offene, „fehlerfreundliche“ Teamatmosphäre bei einem solchen Machtgefälle kaum herzustellen sein.

- Der Ökonomisierung fallen auch viele Ansätze präventiver Arbeit zum Opfer, die ja sozialwirtschaftlich betrachtet eine lohnende Zukunftsinvestition sind. So ist auf lokaler Ebene zu beobachten, daß z.B. die ambulanten, auch präventiv arbeitenden Jugendhilfedienste mit Schwerstfällen überlastet werden, um eine teure – gleichwohl fachlich geratene – stationäre Unterbringung zu vermeiden.
- Flankiert wird die Standardabsenkung auch durch rechtliche Veränderungen. War in der 1996er-Fassung des BSHG § 93 noch von „bedarfsgerechte Hilfe“ die Rede, so wird in der Fassung von 1999 (§ 93 Abs. a) nurmehr vorgeschrieben, daß die Hilfe „ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich“ sein muß (Wilken 1998).

Setzen sich die Tendenzen zur Privatisierung und Standardabsenkung der öffentlichen Wohlfahrt fort, prognostiziert Boessenecker eine soziale Ungleichverteilung der Qualität der Sozialdienste (Boessenecker 1999):

- Für die „sozial Ausgegrenzten“ prognostiziert er eine Rückkehr zur reinen Notversorgung durch die Wohlfahrtsverbände, ergänzt durch die Reaktivierung der traditionellen ehrenamtlichen Armenfürsorge.
- Für „Menschen in präkeren Beschäftigungsverhältnissen“ werden weiterhin und zunehmend Beschäftigungsintegrationshilfen in der Regie der staatlichen und frei-gemeinnützigen Wohlfahrtspflege angeboten – wobei nach Erfolgsaussichten gesiebt wird.
- Die Versorgung der „systemintegrierten Grundversorgten“, die über genügend Einkommen verfügen, um zuzuzahlen, bekommen eine qualitativ höherwertige Beratung und Hilfe. Auf diesem Markt breiten sich immer mehr gewerbliche Dienste aus.
- Und schließlich eine „Sozialarbeit de luxe“ für die „privaten Monopolspieler“. Auf diesem Markt werden die traditionellen Wohlfahrtsverbände gegen die Marktprofis kaum bestehen können. In Amerika kann man solche Entwicklungen schon mitverfolgen.

D.h. mit anderen Worten: Über die Qualität entscheidet die Zahlungsfähigkeit. Der eigentliche sozialpolitische Auftrag der Sozialen Arbeit – nämlich denen, die sich nicht selbst helfen können, primär zu helfen – wird in sein Gegenteil verkehrt.

Nachdem ich die Chancen und Risiken des Ökonomisierungstrends abgewogen habe, komme ich nun zu Vorschlägen, wie man die Modernisierungschance der Sozialen Arbeit nutzen und gleichzeitig den Fehlentwicklungen entgegenzutreten könnte.

5. Überlegungen zur Nutzung der Reformchancen und Abwendung der Fehlentwicklungen

- Anstatt über die Ökonomisierung und *BWL*-isierung der Sozialen Arbeit bloß zu klagen, sollte die Fachwelt in die Offensive gehen und eigene Standards entwickeln und propagieren. Hier sind auch die Fachhochschulen gefordert. Voraussetzung für die Entwicklung fach-professioneller Standards ist auch eine bessere theoretische Fundierung und Vereinheitlichung des Faches. Ob dies nun durch die Formulierung eines neuen Leitbildes und einer besseren interdisziplinären Integration der akademischen Teildisziplinen erreicht wird (Rauschbach, Thiersch, Otto usw.) oder aber durch die Begründung einer autonomen Sozialarbeitswissenschaft (Wendt, Mühlum, Staub-Bernasconi, Gehrman/Müller usw.), mag dahin gestellt sein. Ebenso notwendig ist der Ausbau der praxisbegleitenden Forschung im Berufsfeld.
- Anstatt in vorauseilendem Gehorsam und aus mangelhaftem Selbstbewußtsein sich der betriebswirtschaftlichen Semantik anzupassen, sollte ein eigenes Profil erarbeitet werden. Unter dem Eindruck des „Qualitätsmanagements“ als Modeerscheinung, leidet das Fach – wie manche Kritiker meinen (Thiersch, Staub-Bernasconi) – geradezu an Amnesie. In den letzten zwanzig Jahren hat die Sozialarbeit reichlich innovatives Know-how angesammelt – wenn ich nur an die sich ergänzenden elaborierten Konzepte des lebensweltlichen und systemischen Ansatzes denke oder an das sozialpädagogische Paradigma des „Empowerment“, an die Ablösung des defizitorientierten durch den ressourcenorientierten Ansatz. Dieses bewährte Analyse- und Methodenrepertoire gilt es in die formale Logik von geeigneten Managementkonzepten einzupassen.
- Statt der Entwicklung von standardisierten Standards sollte man – auf Grund des spezifischen Gegenstandsbereiches der Sozialen Arbeit – eher Regeln für die Institutionalisierung der Suchbewegung entwickeln (Manderscheid, Strunk). Anlehnen könnte man sich an – in der Wirtschaft entwickelte – Modelle „lernender Organisation“ (vgl. Tagung der DGS 1997, Blätter der Wohlfahrtspflege 9/97).

- Die Fachpolitik darf sich nicht in die Sackgasse des rein monetären kurzfristigen Wirtschaftlichkeitsnachweises treiben lassen. Ähnlich wie Umweltexperten inzwischen die „externen“ Kosten des Verbrauchs an natürlichen Ressourcen und die langfristigen – auch monetären – Folgekosten für die Gemeinschaft aufführen, müßte sich innerhalb der Disziplin ein Fach Sozialwirtschaft entwickeln, das die tatsächliche „Wohlfahrtsproduktion“ zu berechnen in der Lage ist. So müßte man stringent nachweisen können, welchen sozial- und volkswirtschaftlichen Schaden - z.B. in Form von Verfall von „Humanvermögen“ - kurz-sichtige Sparmaßnahmen anrichten. Voraussetzung dafür ist allerdings auch die Verbreitung entsprechender Evaluationsverfahren im Berufsfeld.
- Dabei sollte auch die normative Ebene gegenüber der technisch-operativen wieder mehr ins Spiel gebracht werden. Die Fachöffentlichkeit sollte wieder stärker nach dem „Was“ der sozialen Arbeit fragen und nicht nur nach dem „Wie“ (Thiersch 1997, S. 151). Hierbei kann an gute alte Traditionen angeknüpft werden – wie Silvia Staub-Bernasconi u.a. gezeigt hat – sei es, daß man an dem Berufsethos der amerikanischen Settlementbewegung anknüpft (Jane Addams, John Dewey usw.) oder an die soziale Reformbewegung der 20er-Jahre in Deutschland (Alice Salomon, Ilse Arlt, Berta Pappenheim usw.). Die Gründungsmütter und -väter der Sozialen Arbeit haben allesamt in erster Linie die Perspektive der sozial Benachteiligten und Ausgegrenzten eingenommen und ihre Subjekthaftigkeit als Ko-Produzenten der Sozialen Arbeit betont. Gleichzeitig kann prospektiv an der weltweiten Entwicklung der Sozialen Arbeit als einer „Menschenrechtsprofession“ angeknüpft werden (International Federation of Social Workers – IFSW/ International Association of Schools of Social Work – IASSW; vgl. Bernasconi 1995, S.81). Im Zeitalter des angeblichen Endes der Ideologien gewinnen die von den UNO gesetzten Menschenrechte eine immer größere Bedeutung als Legitimationsgrundlage.
- Die aus den Sozialen Bewegungen hervorgegangene professionelle Soziale Arbeit sollte sich wieder stärker auf diesen Ursprung, von dem sie sich in weiten Teilen entfernt hat, zurückbesinnen. Gemeint ist hier nicht nur die Mobilisierung des bürgerschaftlichen Engagements, für das auch professionelle Infrastrukturen bereitgestellt werden müssen. Gemeint ist v.a. die Rückbindung der Arbeit an diejenigen, mit denen gearbeitet werden soll. Die Dienstleistungsorientierung kann als ein Schritt in diese Richtung genutzt werden, aber sie reicht noch nicht aus, um mehr

Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen. Bei den weniger „souveränen“ Kunden führt die Entwicklung ohnehin eher vom Bedarfsprinzip weg – wie ich zu zeigen versucht habe. Hier ist nicht nur an regelmäßige Befragungen zu denken – was die Prozeß- und Ergebnisqualität betrifft – sondern auch an Beteiligungsformen, die kollektivere Formen haben und schon am Organisationsplanungsprozeß ansetzen – wie Nutzer-Beiräte, in denen auch Vertreter von Selbstorganisationen mitwirken können (vgl. Kulbach 1998, S.447). Mehr „Partizipation“ wirkt sich nicht nur auf eine Verbesserung der Effektivität aus, sondern führt auch zum Aufbau einer Interessenlobby von Klientengruppen, die sich gemeinsam mit den Fachkräften in die sozialpolitische Arena begeben können. Ohne die Mobilisierung der Betroffenen wiegt die Stimme der Professionellen wenig.

Zum Schluß möchte ich noch einmal auf das Ausgangsszenario zu sprechen kommen. Dort war von der Einschränkung des sozialpolitischen Handlungsspielraumes durch die Globalisierung und Europäisierung die Rede. Zwar sehen die Optimisten im europäischen Wählervotum für die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung Ende der 90er-Jahre eine Trendwende, aber bisher ist es auch den sozialdemokratischen Regierungen nicht gelungen, sich den Sachzwängen des international operierenden Kapitals zu widersetzen. Erst eine Zähmung des „Casinokapitalismus“ durch eine europäische Finanzordnung und die Institutionalisierung sozialer Standards in Europa auf einem möglichst hohen Niveau vermöchte hier konsequente Abhilfe schaffen. Die Expertenkulturen des Sozialen sowie die Berufsverbände sollten sich noch stärker als bisher europaweit vernetzen und sich dafür einsetzen, daß sich nach der wirtschaftlichen Einigung auch die Konturen eines sozial verträglichen Europas abzuzeichnen beginnen.

Literatur

Basara, H. 1996: Die moderne Sozialverwaltung. Probleme, Konflikte und Erfahrungen. Modernisierung kommunaler Sozialverwaltungen. Vervielf. Manuskript (Deutsches Institut für Urbanistik, DIFU)

Boessenecker, K.-H. 1999: Marktorientierung in der sozialen Arbeit ohne Alternative ? In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (2), 43 ff

Heitmeyer, W. 1997: Auf dem Weg in deine desintegrierte Gesellschaft. In: Ders. (Hg.) Was treibt die Gesellschaft auseinander. Frankfurt/ M, 9 ff

Kleve, H. 1997: Soziale Arbeit zwischen Inklusion und Exklusion. In: neue praxis (5), 412 ff

Kulbach, R. 1998: Strategien für eine adressatenbezogene Qualitätspolitik – zum Stand der fachtheoretischen Diskussion. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (12), 443 ff

Mainhold, M. 1998 (3. Aufl.): Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement in der Sozialen Arbeit. Freiburg im Breisgau

Manderscheid, H. 1998: Solidarität stiften statt Fürsorge organisieren. In: Blätter der Wohlfahrtspflege (11/12), 238 ff

Staub-Bernasconi, S. 1995: Das fachliche Selbstverständnis der sozialen Arbeit – Wege aus der Bescheidenheit. Soziale Arbeit als „Human Rights Profession“. In: *Wendt, W. R.* (Hg.): Soziale Arbeit im Wandel ihres Selbstverständnisses. Beruf und Identität. Freiburg im Breisgau, 57 ff

Strunk, A. 1997: Von der fehlerlosen zur fehlerbewußten Organisation. In: Blätter der Wohlfahrtspflege (9); 184 ff

Thiersch, H. 1997: Gerechtigkeit und Effektivität. In: Blätter der Wohlfahrtspflege (7/8), 151 ff

Wilken, U. 1998: Faszination und Elend der Ökonomisierung des Sozialen. In: Blätter der Wohlfahrtspflege (11/12), 226 ff

Wittenius, U. 1998: Systemwechsel in der sozialen Arbeit. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (9), 395 ff